



## Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg

📅 30.04.2019

BATTERIE

# Baden-Württemberg bewirbt sich als Standort für Batteriezellenforschung



📷 Andrea Fabry

**Baden-Württemberg bewirbt sich mit dem Standort Ulm für die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geplante Forschungsfertigung Batteriezelle und stellt dafür bis zu 185 Millionen Euro Landesmittel zur Verfügung. „Baden-Württemberg ist perfekt aufgestellt für die Ansiedlung der geplanten Forschungsfertigung Batteriezelle. Auf engem Raum haben wir alle notwendigen Kompetenzen und Partner konzentriert“, erklärte Ministerpräsident Winfried Kretschmann heute (30. April 2019) in Stuttgart. „Mit dem industriellen Umfeld und der vorhandenen Forschungsexzellenz am Standort Ulm decken wir die Wertschöpfungskette der Batteriezelle vollständig ab.“**

Aufbau und Betrieb der Forschungsfertigung sollen durch die Fraunhofer-Gesellschaft erfolgen. Die Federführung bei der Bewerbung haben das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung (ZSW) und das Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Die Landesregierung schafft mit der Kabinettsvorlage die Voraussetzungen, dass sich die beiden Institute fristgerecht bis zum 15. Mai 2019 für die Ansiedlung der Forschungsfertigung Batteriezelle bewerben können.

„Die Batterietechnologie ist eine Schlüsseltechnologie und für die Sicherung von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen unentbehrlich. Um international nicht den Anschluss zu verlieren, müssen wir uns jedoch ständig weiterentwickeln“, betonte Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut. „Unser Ziel ist es, dass wir bis zum Jahr 2030 rund 30 Prozent der weltweiten Nachfrage nach Batteriezellen aus deutscher und europäischer Produktion bedienen. Baden-Württemberg muss dabei Vorreiter sein.“

„Unsere Zukunft wird digital und in vielen Bereichen batteriegetrieben sein“, sagte Kretschmann. „Neben der Elektrifizierung des Verkehrs wird in allen Wirtschaftsbereichen eine verstärkte Nachfrage nach batterieelektrischen Speichern, angefangen bei Werkzeugen, über Haushalts- und Gartengeräte hin zu Medizinprodukten, erwartet. Aber auch die stationäre Speicherung mit Batterien wird in den nächsten Jahren weiter zunehmen.“

Die Bundesregierung prognostiziert, dass sich der Bedarf nach mobilen und stationären Stromspeichern bis 2030 mehr als verzehnfachen wird. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung plant im Rahmen des Dachkonzeptes Forschungsfertigung Batterie daher die Errichtung einer Forschungsfertigung Batteriezelle. Für die Standortsuche hatte die Fraunhofer-Gesellschaft im Auftrag bundesweit acht Forschungseinrichtungen zur Standortbewerbung aufgerufen. „Die Initiative des Bundes ist ein entscheidender Hebel, um den Weg zu einer industriellen Batteriezellproduktion in Deutschland zu ebnen“, so der Ministerpräsident.

Wie bereits zu Beginn der BMBF-Initiative Mitte März angekündigt, arbeitete das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau in den vergangenen Wochen gemeinsam mit Wissenschaft und Industrie unter Hochdruck an der Standortbewerbung. Nach einem landesweiten Screening und der Bewertung aller Vorschläge zur Standortansiedlung hat sich gezeigt, dass Ulm die Anforderungen der Gründungskommission optimal erfüllt. „Ulm ist bundesweit einer der wesentlichen Batterie-Hotspots. Der Standort bietet aufgrund des hervorragenden Forschungsumfeldes, der optimalen Infrastruktur und der zentralen Lage im süddeutschen Raum ideale Voraussetzungen“, sagte Hoffmeister-Kraut. „Durch die Nähe zu den dort ansässigen Forschungseinrichtungen und Unternehmen können wir von Beginn an von Synergieeffekten auf allen Ebenen profitieren.“

„Wir haben von allen Seiten großen Zuspruch und Unterstützung für dieses Vorhaben erhalten und können gemeinsam eine überzeugende Bewerbung auf den Weg bringen“, so die Ministerin. Ziel sei es, neben dem Automobilsektor den gesamten Mittelstand und alle betroffenen Branchen zu unterstützen, um von einem weiteren Ausbau der Wertschöpfung profitieren zu können.

Mit der Kabinettsvorlage des Wirtschaftsministeriums wurde beschlossen, dass die Landesregierung im Erfolgsfall Grundstück und Gebäude, einschließlich der notwendigen Finanzierung, bereitstellen wird. Im Standortbewerbungsprozess wird ein Finanzbedarf für die Erstimmobilie von bis zu 105 Millionen Euro und weiteren 80 Millionen Euro für eine Erweiterung nach drei Jahren erwartet. Um eine verbindliche

Bewerbung abgeben zu können, will die Landesregierung kurzfristig 100 Millionen Euro aus dem aktuellen Nachtragshaushalt zur Verfügung stellen.

„Baden-Württemberg investiert seit Jahren konsequent und kontinuierlich in die Batterieforschung und ist international konkurrenzfähig“, hob Kretschmann hervor. „Allein das Zentrum für elektrochemische Batteriespeicher Ulm & Karlsruhe, CELEST, hat international den zweitgrößten wissenschaftlichen Output. Das hier entstehende Wissen direkt in einer Forschungsfertigung einzusetzen, ist so konsequent wie erfolgversprechend – der Technologietransfer wird damit beschleunigt.“ Mit strategisch klugen Investitionen in diesen Technologiebereich in den vergangenen Jahren habe das Wissenschaftsministerium die Voraussetzung geschaffen, um den Exzellenzcluster Post-Lithium-Storage nach Baden-Württemberg zu holen und das Land damit als exzellenten Batterieforschungsstandort positioniert. CELEST und der Exzellenzcluster seien gewichtige Argumente in der Standortbewerbung von Ulm um die Forschungsfertigung, so der Ministerpräsident.

Rund 100 Millionen Euro aus öffentlichen Töpfen seien allein in den letzten zehn Jahren in Batterie-Projekte geflossen – rund 30 Millionen habe ihr Haus allein seit 2013 in „FastStorage I und II“ investiert und hier erfolgreich Batteriezellen mit höherer Performance entwickelt, erklärte Hoffmeister-Kraut. Daran knüpfte das neueste Projekt „DigiBattPro4.0“ des Ministeriums an: „DigiBattPro4.0 ist ein Meilenstein, um zukünftig eine Massenfertigung auch für großformatige Lithium-Ionenzellen bei uns im Land zu etablieren.“ Das Land fördere das Projekt mit acht Millionen Euro, das BMBF hat weitere 30 Millionen Euro in Aussicht gestellt.

## Weitere Informationen:

Die Forschungsfertigung Batteriezelle soll den Innovationsprozess zur Entwicklung neuer Zellfertigungskonzepte und deren Umsetzung in die industrielle Produktion forcieren. Das Kernangebot ist die Evaluierung der Skalierbarkeit von innovativen, industrierelevanten Zellfertigungskonzepten, die die bereits bestehende Lithium-Ionen-Technologie einschließt und weiterentwickelt. Über die Integration eines umfassenden Digitalisierungs- und intelligenten Vernetzungsansatzes adressiert die Forschungsfertigung insbesondere prozessinduzierte Ansätze, um die Qualitätsstandards zu optimieren und Ausschuss zu reduzieren. Darüber hinaus können auch zukünftige und Post-Lithium-Ionen-Zellkonzepte qualifiziert und bis zur Herstellung von Null- und Kleinserien entwickelt werden. Die Ausbildung von Fachpersonal entlang der gesamten Bildungskette soll zu einer Erhöhung der Attraktivität Deutschlands für die Batteriezellfertigung führen.

Die Landesregierung setzt bereits seit 2009 mit den Landesinitiativen Elektromobilität I bis III auf eine nachhaltige Strategie zur erfolgreichen Umsetzung der Elektromobilität. Der technologieoffene Ansatz bündelt bis heute die Weiterentwicklung der Batterietechnologie, der Brennstoffzellentechnologie und emissionsfrei erzeugter synthetische Kraftstoffe. Diese Technologien sind zentrale Handlungsfelder des von der Landesregierung im Mai 2017 initiierten Strategiedialog Automobilwirtschaft Baden-Württemberg (SDA BW). In diesem bundesweit einmaligen Format wird in engem Schulterschluss mit Vertreterinnen und Vertretern von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Arbeitnehmerverbänden und Zivilgesellschaft die Transformation der Automobilwirtschaft aktiv begleitet und mitgestaltet. Ziel des für sieben Jahre angelegten Dialogprozesses ist es, den Wandel der Automobilbranche und der Mobilität

von morgen zu einem ökonomischen, ökologischen und sozialen Erfolg zu machen – sowohl für die Unternehmen und die Arbeitnehmer im Land als auch für den Klima- und Gesundheitsschutz.